

## **VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS**

### **Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa**

#### **Band IV/21**

### **Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 15. August 1961 bis zum 17. Januar 1970**

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mitteleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

#### **Gliederung (im Überblick):**

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

**15.08.1961**

**Berlin:** Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren gegen die Abschnürung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung. Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flüchtlinge (x009/522).

**16.08.1961**

**BRD:** Das BdV-Präsidium verurteilt den Bau der Berliner Mauer (x155/87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mitteldeutschland und Ost-Berlin verfolgt.

Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

**23.08.1961**

**Berlin:** 6 weitere Sektorenübergänge werden geschlossen. Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

**24.08.1961**

**DDR:** In der DDR werden zahlreiche politische Prozesse eröffnet, die man im Schnellverfahren abwickelt. Der Ministerrat erläßt am 24. August 1961 eine "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung". In dieser Verordnung droht das SED-Regime mit Zwangsarbeit und Verbannung.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Aufenthaltsbeschränkung in der SBZ (x009/43): >>Mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" vom 24.8.1961 hat der Ministerrat das Strafgesetzbuch um eine neue Straftat erweitert.

Aufenthaltsbeschränkung kann zusätzlich zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung ausgesprochen werden, "wenn die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der Allgemeinheit oder eines einzelnen geboten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (§ 1 Abs. 2). Auf Aufenthaltsbeschränkung kann aber auch durch Urteil eines Kreisgerichts auf Verlangen der örtlichen Organe erkannt werden, wenn der Betroffene keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat. Es genügt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeschränkung (Gefahren für die Allgemeinheit oder einen einzelnen oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als gegeben angesehen wird.

Durch die Aufenthaltsbeschränkung wird dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt, und es kann ihm der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Gebieten vorge-schrieben werden. Er kann ferner verpflichtet werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Auch ohne Ausweisung kann Arbeitserziehung angeordnet werden. Hält ein Verurteilter die ihm gegenüber verhängte Aufenthaltsbeschränkung nicht ein oder kommt er einer Arbeitsverpflichtung nicht nach, kann er mit Gefängnis bestraft werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen Häftlinge in der SBZ (x009/170): >>Nach dem 13. August 1961 nahm die Zahl der politischen Häftlinge auf Grund der verschärften Terrorjustiz wieder erheblich zu.

Heute befinden sich noch 10.000 bis 12.000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Im Strafvollzug werden die politischen Häftlinge genauso behandelt wie die kriminell bestrafte, eine Privilegierung oder zusammengefaßte Unterbringung gibt es nicht.

Die politischen Häftlinge werden im Gegenteil in der Regel zu bestimmten Funktionen oder Dienstverrichtungen (Brigadier, Zellenältester, Hausarbeiter), die möglicherweise Vergünstigungen zur Folge haben können, bewußt nicht herangezogen; Ärzte unter den politischen

Häftlingen werden nur dann in ihrem Beruf beschäftigt, wenn kein anderer Arzt zur Verfügung steht. Literatur aus der Gefangenenbücherei erhalten politische Häftlinge unter erheblich größeren Schwierigkeiten als kriminell Bestrafte.

In der Untersuchungshaft ist die Behandlung der politischen Häftlinge bewußt hart und schikanös. Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden von 1945 bis 1960 49.178 Personen registriert, die von Zonengerichten oder sowjetischen Militärtribunalen ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen verurteilt worden sind; davon lauteten 528 Urteile auf Todesstrafe und 654 Urteile auf lebenslängliches Zuchthaus.<<

**West-Berlin:** An der Sektorengrenze ereignen sich wieder zahlreiche Zwischenfälle. Der West-Berliner Senat ordnet die Schließung der SED-Geschäftsstellen an.

**27.08.1961**

**UdSSR:** Ministerpräsident Chruschtschow droht mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

**Ost-Berlin:** An der Sektorengrenze wird eine zweite Mauer errichtet.

**14.09.1961**

**DDR:** Mit dem Befehl Nr. 39/61 vom 14.09.1961 widerruft der Minister des Innern alle bisher erteilten Registriervermerke, die zum Betreten und Bewohnen des Schutzstreifens und der Sperrzone berechtigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/410): >>... Die Genehmigung wird seitdem nur noch Personen erteilt, "die durch ihr bisheriges Verhalten die Gewähr dafür bieten, daß die Sicherheit im Sperrgebiet nicht gefährdet wird". Erneute Zwangsevakuierungen aus dem Sperrgebiet folgten diesem Befehl.<<

**15.09.1961**

**DDR:** Die Deutsche Grenzpolizei wird von der Nationalen Volksarmee übernommen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Deutsche Grenzpolizei der SBZ (x009/163): >>Bis 1961 militärähnliche Polizeitruppe zur Absperrung der Demarkationslinien und übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe. Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15.9.1961 als "Kommando Grenze" in die Nationale Volksarmee übernommen.<<

**17.09.1961**

**BRD:** Bei der 4. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 45,4 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %.

**01.10.1961**

**Ost-Berlin:** Die Ost-Berliner Bevölkerung muß innerhalb von 3 Tagen alle DM-Guthaben umtauschen.

**02.10.1961**

**CSR:** Die CSR und Polen veröffentlichen in Prag eine Erklärung, in der die Entschlossenheit bekundet wird, noch im Jahre 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abzuschließen.

**12.10.1961**

**BRD:** Der westdeutsche Redakteur Lichtenstein wird an der Demarkationslinie durch DDR-Grenzpolizisten erschossen.

**22.10.1961**

**Ost-Berlin:** US-Militärpolizisten erzwingen die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nord-amerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

**30.10.1961**

**UdSSR:** Der XXII. Parteitag der KPdSU beschließt, Stalins Mumie aus dem Mausoleum am Kreml zu entfernen.

### **31.10.1961**

**DDR:** Die Gesellschaft für Sport und Technik zählt im Herbst 1961 etwa 600.000 nominelle Mitglieder, davon sind etwa 180.000 aktive Kampfgruppenmitglieder (x009/414).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Nationale Volksarmee der SBZ (x009/306): >>Die Machthaber der SBZ vermeiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäß ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen.

Nach zuverlässigen Berichten war die Nationale Volksarmee (NVA) mindestens 190.000 Mann stark: davon Luftwaffe 18.000 und Seestreitkräfte 17.000, unter Kommando Grenze: 48.000. Die Zunahme beruht darauf, daß von August bis Oktober 1961 das Aufgebot der "FDJ-Regimenter" mindestens 50.000 Rekruten für die NVA ergab. ... (Die Bundeswehr verfügte im Jahre 1961 über 320.000 Soldaten). ...<<

### **13.11.1961**

**Ost-Berlin:** In Ost-Berlin wird die Stalinallee in Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee umbenannt.

### **14.11.1961**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP. Die FDP setzt bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

### **19.11.1961**

**Ost-Berlin:** An der Berliner Sektorengrenze beginnt der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer.

### **09.12.1961**

**UdSSR:** Ministerpräsident Chruschtschow lehnt den Vorschlag des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

### **15.12.1961**

**Israel:** SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des Völkermordes an den europäischen Juden) wird zum Tode verurteilt.

### **1962**

>>In dem Recht besitzt und verteidigt der Mensch seine moralische Daseinsberechtigung, ohne das Recht sinkt er auf die Stufe des Tieres herab, wie denn ja die Römer ganz konsequent die Sklaven ... auf eine Stufe mit den Tieren stellten. Das Verhalten eines Menschen oder Volkes angesichts einer Rechtskränkung ist der sicherste Prüfung seines Charakters.<<  
(Rudolf von Ihering)

### **24.02.1962**

**BRD:** Der "Evangelische Pressedienst veröffentlicht am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

### **02.04.1962**

**BRD:** Das BdV-Präsidium kritisiert das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten (x155/91-94): >>1. ... Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales

Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...

2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor.

...

Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...

7. ... Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...

Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat: "Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

#### **01.06.1962**

**Israel:** Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wird im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet. SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die Vernichtungslager.

Der "Transportfachmann" Eichmann wurde 1960 von israelischen Geheimagenten aus Argentinien entführt und am 15.12.1961 zum Tode verurteilt.

#### **1963**

>>Wer sich um Weisheit müht und nicht anwendet die Weisheit, gleicht dem Manne, der pflügt, aber zu säen vergißt.<< (Johann G. von Herder)
--

#### **13.03.1963**

**Polen:** Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berichtet "Trybuna Ludu" (x155/97): >>... Voraussetzung solcher Beziehungen war die Anerkennung der Endgültigkeit und der Unveränderlichkeit der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.<<

**BRD:** Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentiert am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu be-

denken haben, welche mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschlaferte oder ungeschulte und irgeleitete Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben. ...

In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden. An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten.<<

**11.04.1963**

**Vatikan:** Papst Johannes XXIII. bekräftigt am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... Wir betrachten mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. –

Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

**26.06.1963**

**West-Berlin:** Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besucht während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin. Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigt Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Ich bin ein Berliner").

**15.07.1963**

**BRD:** Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht in seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

**11.10.1963**

**BRD:** Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt vorzeitig seinen Rücktritt.

**16.10.1963**

**BRD:** Ludwig Erhard (CDU) wird zum neuen Bundeskanzler gewählt.

**22.11.1963**

**USA:** US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschüttert damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen finden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.

Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).

Lyndon B. Johnson wird wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärt, Kennedys Politik fortzusetzen.

Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wird 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachtbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

**20.12.1963**

**BRD:** In Frankfurt beginnt ein Prozeß gegen 21 Wachleute des KZ Auschwitz.

1964

>>Wir wandern nun schon viele hundert Jahr' und kommen doch nicht zur Stelle - der Strom wohl rauscht an die tausend gar und kommt doch nicht zur Quelle.<< (Josef von Eichendorff)

**22.03.1964**

**BRD:** Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschließt Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...

3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.

4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...

7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...

10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.

11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.

12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...

13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard sagt in seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind.<<

**08.06.1964**

**BRD:** Das BdV-Präsidium kritisiert die in- und ausländischen Medien (x155/107): >>Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

**01.07.1964**

**BRD:** Heinrich Lübke wird nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

**14.10.1964**

**UdSSR:** Ministerpräsident Chruschtschow wird gestürzt und muß zurücktreten. Leonid Brezhnev (Parteichef) und Alexej Kossygin (Ministerpräsident) übernehmen die Führungsspitze der sowjetischen Regierung.

**26.10.1964**

**BRD:** Das BdV-Präsidium berichtet über die Klausurtagung vom 26. Oktober 1964 (x155/-109-110): >>... Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert. ...

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

**27.11.1964**

**BRD:** Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. Juni 2016) über Willy Brandt: >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

**1965**

>>Der Mensch, der seinen Geist nicht über sich erhebt, der ist nicht wert, daß er im Menschenstande lebt.<< (Angelus Dilesius)
--

**25.03.1965**

**BRD:** Der Bundestag beschließt ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.

**13.05.1965**

**Israel:** Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen diplomatische Beziehungen auf.

**03.06.1965**

**Polen:** Der "Tagesspiegel" berichtet über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslav Komemek (x064/29): >>... Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz. ... Es ist eine allgemein bekannte und be-



zeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deutschen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein. ... Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte. ...<<

**19.08.1965**

**BRD:** Nach 20 Monaten wird in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet. Die angeblich zu milden Urteile führen zu starken Protesten im In- und Ausland.

**05.09.1965**

**BRD:** Vertreter des BdV verkünden am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/-117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort. ...<<

**19.09.1965**

**BRD:** Bei der 5. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %.

**14.10.1965**

**BRD:** Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlicht eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x148/155, x155/120): >>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeichnet werden.

Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen, diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen. Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für eigene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädigung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...

Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben. ...<<

>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ...

Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...

Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ... Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

**22.10.1965**

**BRD:** Das BdV-Präsidium kritisiert die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen. Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...

Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

**26.10.1965**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

**12.11.1965**

**BRD:** Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisiert am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, daß Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.

Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Stand-

punkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat" geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".

Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschlüssen des Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.

Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten Entschlußung:

"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."

Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:

"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...

Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...

Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.

Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

### **18.11.1965**

**Polen:** Der polnische Episkopat lädt die deutschen Bischöfe nach Tschenstochau ein (x064/-48): >>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...

In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf

ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

**05.12.1965**

**BRD:** Die katholischen Bischöfe antworten den polnischen Bischöfen (x064/48-49): >>... Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. ...

Eine Aufrechnung von Schuld - darin sind wir einer Meinung - kann nicht weiterhelfen. ... So bitten auch wir, zu vergessen, ja, wir bitten zu verzeihen. ...

Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. ...<<

**1966**

>>Gott kann die Vergangenheit nicht mehr ändern, aber Historiker können es.<< (Samuel Butler)
---

**Februar 1966**

**BRD:** BdV-Präsident Wenzel Jaksch erklärt während einer Kundgebung in Bonn (x155/122-123): >>... Unser Volk muß endlich den Weg der Mitte finden. Der Geist der Selbstüberhebung, der uns 12 Jahre beherrschte, ist furchtbar zu Fall gekommen. Doch der Geist der Selbstverneinung unserer nationalen Interessen, wie ihn eine lautstarke Minderheit vertritt, ist nicht minder verhängnisvoll. Man kann die Jugend Deutschlands nicht abwechselnd von einem Extrem ins andere jagen.

... Auch das deutsche Land im Osten ist und bleibt Eigentum aller Deutschen. Dieses Viertel des historischen Deutschlands in einer Kurzschlufhandlung aufzugeben, hieße einen tiefen Zwiespalt im freien Teil Deutschlands aufzureißen.

Wir dürfen nicht mithelfen, daß ein großes Volk in der Mitte Europas in den Abgrund totaler Rechtlosigkeit gestürzt wird. Das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Auch die Hoffnung auf ein geeintes Europa wäre dahin, wenn wir zuließen, daß in der europäischen Völkerfamilie dauernd mit zweierlei Maß gemessen wird.

... Die Prahlerei mit unseren wirtschaftlichen Erfolgen schafft uns Neider in der Welt. Wir können nicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg sein. Mit Selbstanklagen und Gebietsverzicht sühnen wir vergangenes Unrecht nicht. Dies würde zu einer Lähmung der konstruktiven Kräfte unseres Volkes führen.

... Kein vernünftiger Mensch kann mit dem Blick auf eine gefahrenreiche Zukunft behaupten, daß die Deutschen die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten sind.

... Wir sind Opfer einer maßlosen Vergeltung geworden. Daraus leiten wir das Recht ab, unsere Stimme gegen einseitige Schuldbehauptungen zu erheben, die unser ganzes Volk noch auf lange Zeit hinaus qualifizieren sollen. Mehr Gerechtigkeit tut not im eigenen Volke. ...<<

**15.05.1966**

**BRD:** Die BdV-Bundesversammlung kritisiert die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck. ...<<

**09.07.1966**

**BRD:** Die deutschen Vertriebenenverbände stören die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie werden deshalb verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisiert die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...<<

**16.07.1966**

Österreich: Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtet am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden. Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

**22.10.1966**

BRD: Das BdV-Präsidium fordert Minderheitenschutz und Gerechtigkeit für die vertriebenen Volks- und Ostdeutschen (x155/129-130): >>... Bis in die jüngste Vergangenheit wurde geflüchteten Bevölkerungen die Rückkehr in ihre alten Wohnsitze und die Teilnahme an den Segnungen des Friedens gestattet. In den Friedensschlüssen zwischen westeuropäischen Völkern ist den Siegern niemals das Recht auf Deportation ganzer Volksteile zugestanden worden. Nach den Bestimmungen der Haager Konvention unterlag selbst während des Krieges in besetzten Gebieten das Privateigentum der Zivilbevölkerung und die Ehre der Familie dem Schutz des internationalen Rechts.

... Wenn der Stärkere den Schwächeren ungestraft von seinen Daseinsgrundlagen verdrängen darf, dann geht die Menschheit dunklen Zeiten entgegen. ...<<

**27.10.1966**

BRD: Nach einer Mehrheitsentscheidung verläßt die FDP vorzeitig die Bonner Regierungskoalition.

**25.11.1966**

BRD: Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) stellt eine Anfrage, ob die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen und die Strafverfolgung von Tätern zu prüfen.

**27.11.1966**

BRD: Wenzel Jaksch (seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen) kommt in Wiesbaden bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

**30.11.1966**

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt zurück.

**01.12.1966**

**BRD:** Kurt G. Kiesinger (CDU) wird zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

**02.12.1966**

**BRD:** Das BdV-Präsidium erklärt während der Trauerrede für den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch (x155/131-132): >>... Ein Mann wie Jaksch wird uns allen, zumal in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und Bedrängnis, fehlen. ...

Wer resigniert oder in seiner Aktivität nachläßt, vollzieht das Programm des Gegners, macht es der kommunistischen Diktatur leicht, Deutschland weiterhin geteilt zu halten und aus dem Unrecht ein neues Recht, das der Gewaltherrn über die Ohnmächtigen, zu formen. Jeder ist aufgerufen, weiterhin mit Hand anzulegen und darüber hinaus die Reihen der Patrioten zu mehren und zu stärken. ...<<

**1967**

>>Die Wahrheit kommt mit wenigen Worten aus.<< (Lao-tse)
--

**31.01.1967**

**BRD:** Die Bundesregierung beschließt die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

**01.07.1967**

**Belgien:** Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelt sich um den Zusammenschluß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM") und der EGKS (Montanunion).

**09.09.1967**

**Ostdeutschland:** Im Verlauf eines Staatsbesuches betont der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

**16.09.1967**

**BRD:** BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisiert am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

**08.12.1967**

**BRD:** Papst Paul VI. sagt in seinem Aufruf zum "Tag des Friedens" (x064/60): >>... Der Friede kann nicht auf der Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen.

Man kann nicht legitimerweise vom Frieden reden, wenn das bewährte Fundament des Friedens nicht anerkannt und geachtet wird: die Gerechtigkeit und die Liebe in den Beziehungen zwischen den Staaten bzw. im Bereich jeder Nation.<<

**1968**

>>Zur Wahrheit führen rauhe, dunkle Bahnen. Erst später erfüllt sich, was wir früh schon ahnen.<< (Friedrich M. von Bodenstedt)

**31.01.1968**

**BRD:** Die Bundesregierung beschließt die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien.

**16.02.1968**

**DDR:** Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht spricht über die Existenz einer deutschen Nation (x156/9): >>Jawohl, es gibt eine deutsche Nation!

Diese deutsche Nation wurde jedoch im Ergebnis des Krieges des faschistischen deutschen Imperialismus von den Westmächten gespalten.

Seitdem der westdeutsche Separatstaat gebildet wurde und durch die Pariser Verträge vom deutschen Staatsverband losgelöst worden ist, gibt es 2 Staaten deutscher Nation: im östlichen Teil Deutschlands einschließlich der Hauptstadt der DDR, Berlin, lebt das Staatsvolk der Deutschen Demokratischen Republik, und im Westen lebt das Staatsvolk der westdeutschen Bundesrepublik.<<

**15.03.1968**

**BRD:** Das BdV-Präsidium kritisiert Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staatserhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

**18.03.1968**

**BRD:** Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag (x155/141): >>... Wir wissen, daß heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen zur Folge haben würden.

Das ist eine Realität. Realität ist auch, daß 40 % der Menschen, die in jenen Gebieten leben, schon dort geboren sind. Niemand ist so vermessen, an eine neue Vertreibung zu denken. Eine weitere Realität ist es, daß das deutsche Volk die Versöhnung gerade auch mit Polen will und braucht. ...

Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedsvertraglichen Regelung (Beifall lt. Protokoll). ...<<

**30.03.1968**

**BRD: Die BdV-Bundesvertretung kritisiert den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/-143-144):** >>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ... Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt.

Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...

Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

**11.04.1968**

**BRD: Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände erklärt zur Lage der Vertriebenen (x064/61-64):** >>... Eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegsstandes wird nicht erwartet werden können. In dem jetzigen Zustand Deutschlands und Europas sehen wir ... keine tragfähige Lösung. ...

Die Voraussetzung ist die Wahrheit. Nur auf dieser Grundlage kann Vertrauen in die Ehrlichkeit und Redlichkeit des Anderen entstehen. Darum sagen wir offen: das Verschleiern ungelöster Probleme und geschichtlicher Gegensätze zwischen den Völkern führt ebenso wenig zu einem dauerhaften Frieden wie ein einziges Diktat. Wenn wir unsere natürlichen Rechte und die in zeitgemäße Form gebrachte Wahrung unserer geschichtlichen Kontinuität preisgäben, würden wir unglaubwürdig.

Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Wiedergutmachung für das Polen zugefügte Unrecht. Wir achten die Würde und Rechte unserer Nachbarn nicht weniger, als wir die Würde und Rechte unseres Volkes und unserer Volksgruppen geachtet sehen wollen. Aus diesem Grunde erwarten wir auch eine Wiedergutmachung des Unrechts, das unserem Volke widerfahren ist. ...

Wir kennen und empfinden das Unrecht und unermeßliche Leid, das dem polnischen Volk von einer verbrecherischen deutschen Regierung und den ihr Hörigen zugefügt worden ist. Diese Schuld vieler Einzelner bedarf der Sühne im geordneten Rechtsgang. Für das von einer deutschen Regierung zugefügte Unrecht ist unser Volk zu einer zumutbaren Wiedergutmachung im Rahmen seiner politischen Haftung verpflichtet. Wir lehnen jedoch die Anerkennung einer die personale Verantwortung zerstörende Kollektivschuld als unmoralisch ab.

Die Grausamkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeiten sind aber weder durch die Legalisierung von Massenvertreibungen zu heilen noch durch irgendwelche ins Leere geworfene Verzichte wiedergutzumachen. Statt die Rechtsidee zu stärken, würden nur jene Elemente ermutigt, die das Recht als Funktion von Gewalt und Erfolg auffassen.

Ohne die Überwindung des übersteigerten wie auch immer gearteten Nationalismus, der Wurzel des Übels auf beiden Seiten, ist eine dauerhafte Friedensordnung nicht möglich. Gebietsabtretungen sind nach Kriegen immer wieder vorgekommen. Sie hatten jedoch kaum größere Bevölkerungsverschiebungen zur Folge. Massenvertreibungen wie im 20. Jahrhundert hat es



noch nie gegeben. Sie sind die jüngste Folge des übersteigerten Nationalismus. Da ein barbarisches Faustrecht nicht legalisiert werden darf, muß der Kreis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch eine zumutbare Wiedergutmachung für alle - auch für uns - unterbrochen werden.

Dabei geht es weder um einseitige noch um übersteigerte Rechtspositionen und schon gar nicht um Rechtsbehauptungen, sondern um unabdingbares natürliches Recht. ...

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, lediglich vom Hinnehmen politischer Nachteile zu sprechen, wo es sich um Verletzung von Menschen- und Gruppenrechten handelt. Es zerstört die Rechte der Person, der Familie und der natürlichen Gemeinschaft, wenn aus dem Verlust von Staatsgebieten oder mit einer jahrelangen Besetzung die Hinfälligkeit der angestammten Wohnsitz- und freien Entfaltungsrechte in der Heimat abgeleitet wird.

Eben weil die Staaten und Völker zur Durchsetzung des Völkerrechts im Einzelfalle auf sich selbst verwiesen sind, ist es uns auch in Einzelfällen nicht erlaubt, die Grundlagen des Rechts preiszugeben. Gerade die Christen dürfen in unserer Zeit die Wirksamkeit des Völkerrechts nicht bagatellisieren. Sie müssen mit friedlichen politischen Mitteln überall und jederzeit auf seine Verwirklichung dringen. Auch die Untaten des Nationalsozialismus können uns von dieser Pflicht weder ausschalten noch freistellen.

Bei dem Problem der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgebiete handelt es sich nicht allein um eine Annexion, sondern in erster Linie um Fragen der Grund- und Menschenrechte.

... Der Gang in die Zukunft bedarf neuer Ideen, neuer Formen und der Geduld; der Geduld mit uns und den anderen.

Die zumutbare Wiedergutmachung des verletzten Rechtes auf Heimat ist grundsätzlich von Grenzregelungen nicht abhängig. Sie führt keineswegs zu neuen Vertreibungen, wenn man nicht vom Leitgedanken des expansiven Nationalstaates ausgeht. Dieser hat in Mittel- und Südeuropa versagt ...

Jedes Volk versucht in einem Friedensvertrag das zu retten, was vor dem Gemeinwohl aller Völker vertretbar ist. Wir haben eine solide Rechtsposition. Die ostdeutschen Gebiete sind seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsch besiedelt. ...

Wir bitten unsere östlichen Nachbarn zu prüfen, ob nicht auch in ihrer Geschichte übersteigerte Ziele nationalstaatlicher Ausdehnung zu Enttäuschung und Katastrophen geführt haben.

Die Vertriebenen haben den Anfang gemacht, den Teufelskreis zu durchbrechen. Sie dachten von Anfang an konstruktiv und handelten demgemäß. ...

Im Sommer 1950 waren die Lager noch gefüllt, die Arbeitslosigkeit war groß, die berufliche Eingliederung hatte noch nicht begonnen, und die Fürsorgestellen leisteten die einzige praktische Hilfe. Trotz dieser hoffnungslosen Lage haben die deutschen Vertriebenen in der Charta von Stuttgart Rache und Vergeltung abgelehnt und sich zu einem Europa bekannt, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ...<<

**15.07.1968**

**UdSSR:** Der spätere Staatspräsident Leonid Breschnew warnt die Staaten des Warschauer Paktes am 15. Juli 1968 in den sog. "Breschnew-Doktrin" (x058/413): >>... Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur ihre Angelegenheiten. ... Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben. ...

Die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft haben sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historische Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit unserer Völker in Gefahr geraten. Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus

auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert ...<<

**20.08.1968**

**CSR:** Truppen des Warschauer Paktes marschieren in Prag ein. Der sog. "Prager Frühling" wird gewaltsam beendet.

**09.12.1968**

**Großbritannien:** In einem Offenen Brief an Wladyslaw Gomulka kritisiert Bertrand Russel den Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Im Lauf der letzten 18 Monate haben Presse, Geheimpolizei und Regierung in Polen vorsätzlich zum Antisemitismus gehetzt. Bei offiziellen Aufmärschen sieht man heute Plakate, die Juden als hakennasige Bucklige darstellen ... Diese Tatsachen, in informierten Zeitschriften dokumentiert und gut bekannt, bedeuten für die kleine jüdische Gemeinschaft in Polen das schreckliche Leben von plötzlichem Existenzverlust, Armut, rassischer Verfolgung und dem Alptraum einer noch schlimmeren Zukunft ...<<

**1969**

>>Der Hund sagte: Wer vor den Großen wohl kriecht und gegen die Kleinen laut bellt, der kommt gewiß zu seinem Recht.<< (Johann H. Pestalozzi)

**05.03.1969**

**BRD:** Gustav Heinemann wird zum Bundespräsidenten gewählt.

**25.04.1969**

**BRD:** Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen wird (x131/183): >>... Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. ... Mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert. Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen.<<

**26.04.1969**

**BRD:** Die BdV-Bundesversammlung erklärt zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/-151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden.

Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksame Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen. Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...<<

**10.05.1969**

**BRD:** Reinhold Rehs, Mitglied des Deutschen Bundestages und BdV-Präsident, erklärt seinen Austritt aus der SPD und wechselt zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**12.07.1969**

**BRD:** Das BdV-Präsidium verurteilt die Äußerungen des regierenden Bürgermeisters von Berlin, der sich in Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hat (x155/158-159): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich gegen die Verharmlosung und Verfälschung der Ausführungen des West-Berliner Bürgermeisters Schütz zur Oder-Neiße-Frage.

... Im Gegensatz zu dem einmütigen offiziellen Standpunkt, daß die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Frage einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben muß, fordert Schütz "die Anerkennung der bestehenden Grenzen im Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung und verbunden mit Verträgen über Gewaltverzicht" in einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtet ferner über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/160-161): >>Ende Juni hat die Bundesregierung, einer Vorlage von Bundesminister Windelen entsprechend, beschlossen, daß unter Federführung dieses Hauses eine Dokumentation der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Verbrechen erstellt werden soll. Die in den Jahren 1953 bis 1961 im Auftrag der Bundesrepublik veröffentlichte, in 5 Hauptbänden und 3 Beiheften zusammengestellte "Dokumentation der Vertreibung", durchweg eidesstattliche und wissenschaftlich gesichtete Zeugnisse Vertriebener, sowie die Zehntausenden von noch nicht veröffentlichten im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Zeugnisse sollen auf kriminelle Tatbestände untersucht und zusammengestellt werden.

Wie der "Bayern-Kurier" zuverlässig erfahren haben will, haben die SPD-Minister dem Beschluß der Bundesregierung nur zugestimmt, daß er nicht bekanntgegeben werde. Insbesondere Außenminister Brandt habe Bedenken geäußert, eine solche Dokumentation könne im Ausland "mißverstanden" werden.

... Die Vertriebenen fordern jedoch nicht nur eine Dokumentation, sondern eine Sichtung der vorhandenen Unterlagen nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit in einem geordneten Rechtsgang. Zu diesem Zweck wäre eine mit juristischen Experten besetzte Erfassungsstelle ähnlich der in Ludwigsburg oder Braunschweig einzurichten. Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petition (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.

... Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden.

... Der Bund der Vertriebenen besteht darauf, daß im Anschluß an die Dokumentation eine Zentrale, mit einer genügenden Anzahl von Fachleuten besetzten Stelle eingerichtet wird, die den Auftrag hat, die Aufklärung von Straftaten dieser Art und schließlich auch ein geordnetes Rechtsverfahren im Inland einzuleiten und im betroffenen Ausland zu forcieren.<<

**16.07.1969**

**BRD:** Das Bundesarchiv in Koblenz wird durch Erlaß des Bundesministers des Innern aufgefordert, das vorliegende Material über Nachkriegsverbrechen an Deutschen auszuwerten und eine Dokumentation zusammenzustellen.

**04.08.1969**

**BRD:** Der Bundestag beschließt die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wird auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wird generell aufgehoben.

**31.08.1969**

**BRD:** Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen fordert die Wahrung ihrer Rechte (x155/163): >>... Wir bekennen uns zu Pflichten gegenüber unserem Staat und beanspruchen Rechte: ...

3. Die Obhutspflicht des Staates für die ihm anvertrauten Menschen verlangt nicht nur soziale und wirtschaftliche Fürsorge. Dem Staat obliegt namentlich auch die außenpolitische Rechtswahrung. ...

4. ... Gewaltverzicht ist keine politische Kapitulation. Er befreit die Bundesrepublik nicht vom Ringen um die Rechte Deutschlands und seiner Menschen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

**28.09.1969**

**BRD:** Bei der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %.

**16.10.1969**

**BRD:** Das BdV-Präsidium spricht sich für den Fortbestand des Bundesvertriebenenministeriums aus und berichtet über Anerkennungsfragen (x155/165-167): >>Der BdV nimmt mit Empörung von der in der Presse mitgeteilten Absicht einer zukünftigen SPD/FDP-Koalition Kenntnis, das ... ein Fortbestehen des Bundesvertriebenenministeriums aus politischen Gründen nicht für erforderlich gehalten wird. Der BdV hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Interessen anderer Völker höher bewertet werden als die nationalpolitischen Interessen des eigenen Volkes, insbesondere eines Viertels seiner Bevölkerung. Ein solcher Schritt könnte als Hinnahme des Gewaltaktes der Vertreibung, der Annexion deutscher Gebiete und die Spaltung Deutschlands aufgefaßt werden.

... 7. Die Anerkennung einer Gebietsveränderung durch den Staat, dem das Gebiet bisher zustand, bewirkt endgültig den Gebietsverlust. ...

9. Die Anerkennung der "DDR" als Staat würde auch die Anerkennung der separaten Staatsangehörigkeit bedeuten, so daß es keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr gäbe.

IV. 10. Die Regelung der deutschen Ostgrenze ist dem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten Vertretung Gesamtdeutschlands vorbehalten. Jedwede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland würde einer solchen Regelung unzulässigerweise vorgreifen. ...

V. 12. Die 3 westlichen Alliierten haben sich in Art. 2 Abs. 1 des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 die von ihnen seit der militärischen Kapitulation in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, innegehabten Rechte vorbehalten. ...<<

**22.10.1969**

**BRD:** Bundeskanzler Willy Brandt bildet eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtet Bundeskanzler Brandt erstmalig auf einen Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

**24.10.1969**

**BRD:** Das BdV-Präsidium verurteilt die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

**28.10.1969**

**BRD:** Bundeskanzler Brandt kündigt in seiner Regierungserklärung umfangreiche Reformen an (z.B. geplante Grenzenerkennung, Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs berichtet über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt. Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

**1970**

>>Lacht nur über das Alter, ihr Jungen, lacht nur über eine Vergangenheit, die eure Zukunft ist!<< (Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach)
--

**17.01.1970**

**BRD:** Die BdV-Bundesvertretung veröffentlicht die "Bremer EntschlieÙung" (x155/174): >>... III. Seit 2 Jahrzehnten, seit der Verkündung der Heimatvertriebenen im Jahre 1950, fordert der Bund der Vertriebenen einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Eine einseitige Erfüllung der Forderungen des anderen Vertragspartners kann keinen dauerhaften Ausgleich schaffen. Sie dient daher auch nicht der dauerhaften europäischen Friedensordnung, der Beseitigung von Mißtrauen zwischen den Nachbarvölkern und dem polnischen Sicherheitsbedürfnis. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<